



Landkreistag Rheinland-Pfalz

Mainz, den 16.12.2020

Az.: 810-100 Fr/Sä

Nachhaltige Wasserstoffherzeugung und -nutzung in den rheinland-pfälzischen Landkreisen - Energiewende vorantreiben und dabei Chancen regionaler Wertschöpfung ergreifen

Die 24 rheinland-pfälzischen Landrätinnen und Landräte haben sich in einer Sondersitzung des Landkreistages am 25.11.2020 gemeinsam mit Experten aus dem rheinland-pfälzischen Umweltministerium sowie der Wasserstoffwirtschaft und den Kommunen über die Potenziale und die Chancen der nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff in den Kreisen informiert und beraten. Wasserstoff wird ein Schlüsselrohstoff für eine erfolgreiche Energiewende sein und kann damit einen bedeutenden Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Die Wasserstoffproduktion und -verwendung ist ein strategischer Zukunftsmarkt, den es zu erschließen gilt. Durch eine dezentrale und entschlossene Wasserstoffstrategie können wir die Energiewende konsequent und effizient umsetzen und dabei zugleich Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum schaffen. Langfristig muss der grüne Wasserstoff, der mit Hilfe erneuerbarer Energien hergestellt wird, im Mittelpunkt einer Wasserstoffstrategie stehen, da er als CO₂-freier Wasserstoff im Vergleich der verschiedenen Wasserstofftechnologien den größten Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leistet. Vor allem für eine Übergangszeit können und sollten jedoch auch andere Wasserstofftechnologien wie etwa der CO₂-neutrale blaue oder türkise Wasserstoff genutzt werden. Dabei eröffnet insbesondere der grüne Wasserstoff den Kommunen Potenziale regionaler Wertschöpfung. Indem er durch Windkraftanlagen, Solaranlagen oder in Müllheizwerken erzeugt und vor Ort sodann für Busse im ÖPNV, für den Schienenverkehr als Ersatz für dieselbetriebene Züge, für die Abfallwirtschaft oder perspektivisch auch für die Wärmeversorgung genutzt werden kann, kommt grüner Wasserstoff den Menschen in den Kommunen, vor allem im ländlichen Raum, unmittelbar zugute. Vor diesem Hintergrund ist ein

konsequenter und entschlossener Ausbau der erneuerbaren Energien - Solarenergie, Windkraft und Biomasse - unverzichtbar.

Vor diesem Hintergrund stellt der Landkreistag fest:

1. Die rheinland-pfälzischen Landkreise gehen bei der Energiewende schon seit langem mit gutem Beispiel voran und sind wichtige Partner bei der Erreichung der Treibhausgasminderungsziele und bei der Energiewende. Die Kreise wollen daher auch für ihre Regionen Motoren für die Umsetzung einer Wasserstoffstrategie des Bundes und des Landes sein.
2. Wasserstofftechnologien bieten den Kommunen vielversprechende Betätigungsfelder. Vor allem im Bereich der Mobilität sehen die Kreise in naher Zukunft Potenziale regionaler Wertschöpfung. So kann grüner Wasserstoff Busse und Bürgerbusse, überregionale Lieferdienste und den Schwerlastverkehr sowie Züge etwa auf nicht elektrifizierten und reaktivierten Bahnstrecken antreiben. Mit in Müllheizkraftwerken erzeugtem Wasserstoff können vor Ort Müllfahrzeuge betrieben werden. Aber auch weitere Wasserstoffnutzungen, etwa im Wärmesektor, sollten längerfristig über Power-to-Gas in den Blick genommen werden.

Der Landkreistag fordert daher:

1. Die Dekarbonisierung und Defossilisierung des Verkehrs- und längerfristig auch des Wärmesektors durch die Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff muss in den Kreisen beschleunigt angegangen werden. Darauf sollten Land und Kommunen gemeinsam entschlossen und zügig hinarbeiten, um Standortvorteile zu sichern und die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger an den Wertschöpfungspotenzialen dieser Zukunftstechnologie teilhaben zu lassen.
2. Um dies zu ermöglichen sind die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie wirksame finanzielle Anreize zu schaffen. Um hier eine Vorreiterrolle in der Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff einnehmen zu können, benötigen die Kommunen die erforderliche Anschubfinanzierungen für Investitionen vom Bund und vom Land. Neben der Anpassung der grundlegenden Rechtsvorschriften, etwa im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für den Ausbau erneuerbarer Energien, sind die Kommunen vor allem in die Lage zu versetzen, die Clean Vehicle Directive der EU etwa durch brennstoffzellenbetriebene Nutzfahrzeuge im ÖPNV, in der Abfallwirtschaft und im allgemeinen Schwerlastverkehr im Sinne klimafreundlicher Mobilität umzusetzen. Hier ist neben dem Bund vor allem auch das Land gefordert, und zwar bei der Förderung von Beschaffungen, aber auch durch die Unterstützung bei der Finanzierung der derzeit noch nicht wettbewerbsfähig zu deckenden Betriebskosten bzw. von Preissicherungsmodellen im ÖPNV.

3. Den Kreisen sind als wichtige Player im Rahmen der Energiewende die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung im Zusammenhang mit der Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff sicherzustellen. Dabei muss auch Offenheit für Geschäftsmodelle in Form der interkommunalen Zusammenarbeit sowie mit Partnern aus der Wirtschaft bestehen, um die Möglichkeiten der Erzeugung und des Einsatzes von Wasserstoff in den Regionen effizient nutzen zu können.